

Fischereiverband und WWF kritisieren die Messungen im Bielersee

Wieso gab es für die seismischen Messungen im Bielersee keine Ausschreibung? Der Verband Seeländischer Fischereivereine und der WWF hätten gefordert, dass diese zum Schutz der Wasserlebewesen wissenschaftlich begleitet worden wären.

Hannah Frei

In den letzten beiden Wochen wurde der Bielersee beschallt, und das mit bis zu 194 Dezibel. Grund dafür ist das geplante Geothermie-Projekt in Magglingen. Mit den Messungen sucht das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) nach Wasserreservoirs tief unter den Gesteinsschichten.

Doch mit dem Vorgehen des BBL sind längst nicht alle einverstanden. «Wir sind enttäuscht von den Behörden», sagt Timon Bucher. Der Präsident des Verbands der seeländischen Fischereivereine hat in den letzten Wochen zahlreiche Anrufe von besorgten Fischern und Seeanstössern erhalten. Die Anwohnenden und vor allem auch die betroffenen Verbände und Organisationen seien ungenügend über das Projekt informiert worden, sagt Bucher. Zudem habe man kaum Kenntnis darüber, welche Folgen die Messungen auf die Lebewesen im und am Wasser haben. Auch die Haftungsfrage sei nicht geklärt: Was, wenn sich die Fischbestände aufgrund der Messungen verändern? Wer würde dafür bezahlen?

Bucher kann nicht nachvollziehen, dass eine solche Messung ohne öffentliches Konsultationsverfahren bewilligt werden konnte. «Hätten wir die Möglichkeit gehabt, Einsprache zu erheben, hätten wir das bestimmt getan und beispielsweise die Überwachung der Messung mittels Umweltbaubegleitung gefordert», so Bucher.

Vorgehen schade der Akzeptanz

Der Verband stelle sich damit nicht gegen die Geothermie – im Gegenteil. Er unterstütze nachhaltige Lösungen zur Energiegewinnung, sagt Timon Bucher. «Aber die betroffenen Parteien müssen mitreden dürfen, um ihre Interessen deponieren zu können und um Antworten zu erhalten.» Damit würde die Akzeptanz für solche Projekte wachsen. Bucher wünscht sich, dass betroffene Verbände und Organisationen künftig bei solchen Projekten frühzeitig miteinbezogen werden.



Für die Messungen wurde unter Wasser ein Luftdruckimpuls freigesetzt, der ein Signal ausstrahlt. Damit sucht das Bundesamt für Bauten und Logistik nach Wasserreservoirs.

Bild: Yann Staffelbach/a

Kritik am Vorgehen kommt auch von der Umweltorganisation WWF. «Wir hätten gerne unsere Bedenken geäussert und so unsere Rolle wahrgenommen», sagt Laura Bruppacher. Sie ist Geschäftsführerin der Sektion Solothurn und für die Gewässer verantwortlich. Im Vorfeld sei immer nur über die Auswirkungen für Fische gesprochen worden. «Was aber ist mit den anderen Wasserlebewesen? Et-

wa denen, die nicht fliehen können, beispielsweise die Grossmuscheln?» Dazu habe es bisher kaum Untersuchungen gegeben. Im Sommer 2021 wurden im Genfersee ebenfalls Messungen für ein Geothermie-Projekt durchgeführt. Diese seien wissenschaftlich begleitet worden, sagt Bruppacher. Es sind zwar keine Fische gestorben, jedoch verschreckt worden. Zudem sei es bei den Tieren zu einer Stressreaktion gekommen. «Wir bedauern, dass im Bielersee anscheinend keine vergleichbaren Untersuchungen oder ein Monitoring der Auswirkungen stattfindet.» Sie frage sich zudem, ob die Ergebnisse aus dem Genfersee ein-

zu eins auf den Bielersee übertragbar sind.

Dringliche Anfrage im Grossen Rat

Antworten werden auch auf politischer Ebene gefordert: Die zwei Seeländer Grossräte Beat Cattaruzza (GLP) und Christoph Grupp (Grüne) sowie die Seeländer Grossrätin Nadja Günthör (SVP) haben während der Session vor einer Woche eine dringliche Anfrage eingereicht. Sie wollen wissen, weshalb die Verbände und die Bevölkerung nicht stärker in das Projekt miteinbezogen worden sind.

«Es gab definitiv ein Kommunikationsproblem», sagt Cattaruzza. Das sei in der Vergangen-

heit bereits bei einigen Geothermie-Projekten der Fall gewesen. Etliche seien gescheitert, weil die Bevölkerung nicht genügend informiert und miteinbezogen worden sei. «Ich bin ein absoluter Fan von Geothermie», sagt Cattaruzza. Sie habe grosses Potenzial. «Bei solch zukunftsweisenden Projekten darf es daher keine solchen Stolpersteine geben.»

Ein öffentliches Konsultationsverfahren ist für solche Messungen rechtlich nicht nötig. Bewilligungspflichtig ist es trotzdem. Für die Messungen habe das BBL beim Kanton Bern eine Bewilligung eingeholt, schreibt BBL-Mediensprecher Jonas Spirig. Zudem habe das kantonale Amt für Fischerei dem BBL klare

Auflagen erteilt, unter denen die Messungen durchzuführen seien. Daran habe sich das BBL gehalten.

Weiter habe das Bundesamt gemäss diesen Auflagen den zuständigen Fischereiaufseher informiert. Das BBL habe die betroffenen Akteure folglich genügend ins Projekt miteinbezogen.

Was die Folgen der Messungen für die Lebewesen im und um das Wasser angeht, hält das BBL fest, dass «die Vibrationen weder für Mensch, Tier noch Umwelt eine grössere Belastung darstellen». Zu diesem Schluss sei man nach Absprache mit den zuständigen kantonalen Ämtern gekommen, unter anderem eben mit dem Fischerei-Inspektorat. Das Inspektorat habe sich dabei auf die wissenschaftliche Studie gestützt, welche die Auswirkungen der Messungen auf die Fauna im Genfersee untersuchte.

Die Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU) des Kantons Bern, welche die Bewilligung für die Messungen letztlich erteilt, ist ebenfalls davon überzeugt, dass die Bevölkerung ausreichend über das Projekt informiert wurde. So habe man etwa den Berufsfischer Stefan Dassen, der im Projektperimeter fischt, frühzeitig kontaktiert. Zusätzlich habe das BBL die von den restlichen Messungen betroffenen Gemeinden regelmässig informiert sowie Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Stösst das BBL bei den aktuellen Messungen auf das Wasserreservoir, das für das Geothermie-Projekt in Magglingen nötig ist, wird es doch noch zu einem Konsultationsverfahren kommen: Die Nutzung von tiefem Grundwasser bedarf einer Konzession, wie die WEU schreibt. Im Konzessionsverfahren können Umweltorganisationen und direkt betroffene Private Einsprache gegen das Projekt erheben.

Scheurenbrücke: So geht es nach dem Nein zum Neubau weiter

Der Gemeinderat von Dotzigen will herausfinden, wieso die Bevölkerung gegen eine neue Scheurenbrücke gestimmt hat.

Mengia Spahr

Vor zwei Wochen haben die Dotziger den Kredit für eine neue Scheurenbrücke bachab geschickt. Die 24 Meter lange Brücke, auf der Autofahrerinnen in Richtung Scheuren fahren, ist rund 120 Jahre alt und mittlerweile in einem schlechten Zustand.

Anfang Jahr präsentierte der Gemeinderat das Projekt für eine neue Brücke über die Alte Aare. Die Kosten: 2,1 Millionen Franken. Der Kredit wurde mit 234 Nein- gegen 225 Ja-Stimmen abgelehnt.

«Wir haben definitiv nicht erwartet, dass das Projekt abgelehnt wird», sagt Gemeindepräsident Andreas Krähenbühl. Der Ge-

meinderat nehme den knappen Entscheid zur Kenntnis und suche jetzt nach den Gründen dafür. Am Donnerstag wurde eine Umfrage in die Haushalte verschickt. Bis Ende April will der Gemeinderat diese auswerten und das weitere Vorgehen beschliessen.

«Manche störten sich daran, dass die neue Brücke zweispurig werden soll, sie sagten, sie wollen keine Autobahn», sagt Krähenbühl. Er übt auch Selbstkritik, wenn er sagt, dass sie rückblickend das Projekt anders hätten präsentieren sollen. So findet er etwa die Grafik in der Botschaft zur Abstimmung unglücklich. Sie zeigt, wie sich ein Lastwagen und ein Auto kreuzen, nachdem die Fahrbahn von 4,8 auf 6,4 Me-

ter erweitert wurde. Dieses Bild sei wohl von manchen falsch verstanden worden, so Krähenbühl. «Wir hatten nie die Absicht, eine Verkehrsachse für den Schwerverkehr zu öffnen.»

Auch dass bei der neuen Brücke keine Gewichtsbeschränkung mehr nötig wäre, sei nicht als Einladung für den Schwerverkehr zu verstehen. Er betont, dass das Projekt Massnahmen wie Bodenwellen und Velostreifen vorsah, damit die Autofahrer vor dem Dorfeingang abbremsen müssen.

Da gibt es noch etwas, was die Bevölkerung dazu bewogen haben könnte, an der Urne ein Nein einzuwerfen: Gleichzeitig mit dem Kredit für die Brücke kam ein Kredit von 3,6 Millio-

nen Franken für die Erweiterung der Schulanlage an die Urne. Vor der Abstimmung war klar: Werden beide Vorlagen angenommen, muss die Gemeinde die Steuern erhöhen. Gut möglich also, dass die Ursachenanalyse der Gemeinde ergeben wird, dass das Volk wegen der Aussicht auf eine Steuererhöhung Nein sagte.

Daran, dass die Brücke saniert werden muss, gibt es aber laut Krähenbühl nichts zu rütteln. Das letzte Gutachten ist zwei Jahre alt, und damals hätten die Experten empfohlen, die Brücke in drei bis fünf Jahren zu ersetzen. Der Gemeindepräsident sagt, dass man nun den Jetzt-Zustand überprüfen lassen will. Der Gemeinderat werde diesmal ein anderes Bü-

ro beauftragen, damit ihnen niemand vorwerfen könne, immer nur dieselben Experten zu fragen. «Ich wäre aber überrascht, wenn bei einer neuen Zustandsanalyse der Brücke eine deutlich längere Lebensdauer prognostiziert würde», so Krähenbühl.

Er geht davon aus, dass früher oder später das Gewichtslimit weiter herabgesetzt werden muss. Von einer solchen Beschränkung wären dann auch die Landwirte betroffen, welche die Felder auf beiden Seiten der Brücke bewirtschaften.

Müsste die Brücke sogar gesperrt werden, müssten Autofahrerinnen einen Umweg über Scheuren, Meienried oder Büren fahren. Krähenbühl hofft, dass

die Bevölkerung noch in diesem Jahr über eine angepasste Vorlage abstimmen kann. Dass es eine ganz neue Version braucht, glaubt er nicht: Der Gemeinderat sei nach wie vor der Meinung, dass das vorliegende Projekt gut ist. Die Möglichkeit, die neue Brücke einspurig zu bauen, findet der Gemeindepräsident nicht sinnvoll. «Wenn ich das heutige Verkehrsaufkommen und die Fahrzeuggrößen sehe, wäre es ein Affront, die Brücke einfach eins zu eins zu ersetzen.» Sicher ist schon jetzt: Das überarbeitete Projekt wird mehr kosten. Schon allein aufgrund der Teuerung ist mit einem Preisanstieg zu rechnen und auch die Ingenieure müssen für ihre Arbeit bezahlt werden.